

## **Resolution der ausserordentlichen Generalversammlung der FEDE vom 20. April 2016**

Die FEDE ist eine Dachorganisation im Dienste der Interessen aller Staatsangestellten.

An der ausserordentlichen Versammlung am 20. April 2016 in Givisiez wurden die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedverbände der FEDE über die ausgezeichneten Haushaltsergebnissen des Jahres 2015, die Ausführungen des Staatsrats zur finanziellen Situation des Staats Freiburg und die Perspektiven für das Personal unterrichtet. Die Delegierten haben dabei auch vom Versprechen des Staatsrats, keine weiteren Sparmassnahmen auf dem Rücken des Personals durchzuführen, Kenntnis genommen.

### **In Anbetracht:**

- des Ertragsüberschusses von 126 Millionen Franken vor den Abschlusstransaktionen in der Jahresrechnung 2015 des Staates;
- des Vermögens des Staats Freiburg von 1,127 Milliarden Franken;
- des Eigenfinanzierungsgrads der Investitionen, der bei 103,3 % liegt
- der restriktiven Politik des Staatsrats bezüglich der Schaffung neuer Stellen;
  - der Strategie des Abbaus des öffentlichen Dienstes durch die Autonomisierung von Sektoren des öffentlichen Dienstes und von Projekten zum Ausstieg des Personals aus dem StPG;
- der Bevölkerungszunahme und der dadurch verursachten erhöhten Nachfrage;
- der Anstrengungen des Personals in den letzten drei Jahren, die massgeblich zu diesem ausserordentlichen Gewinn beigetragen haben;

### **fordert die ausserordentliche Versammlung der Delegierten der Mitgliedverbände der FEDE, die am 20. April 2016 in Givisiez stattfand, den Staatsrat dazu auf:**

- die Sozialpartnerschaft als Investition zu betrachten und Massnahmen in die Wege zu leiten, um dem Personal seinen Teil der Anstrengungen, die unter vereinbarten Bedingungen an der Versammlung vom 28. August 2013 gutgeheissen wurden, rückzuvergüten;
- seine Politik der Einfrierung neuer Stellen zu lockern und so auch die Regel der Zubilligung einer Stelle pro Geschäftsleitung aufzuheben;
- den Status der Angestellten des öffentlichen Dienstes zu verteidigen und sich gegen anfällige Forderungen für einen Austritt des HFR-Personals aus dem StPG oder ähnliche Forderungen bezüglich anderer öffentlicher Einrichtungen oder Institutionen, insbesondere der KGV, auszusprechen;
- die Finanzierung der Spitalangestellten wie auch aller anderen Staatsangestellten sicherzustellen;
- die Erfahrung bei der Anstellung höher zu gewichten und weniger restriktive Kriterien bei der Anerkennung von Kompetenzen von langjährigen Mitarbeitenden, die nicht über das erforderliche Diplom für ihre Funktion verfügen, anzuwenden;
- mit der FEDE und den Personalverbänden das Gespräch über den Einsatz von zusätzlichen Ressourcen zu suchen, um dem Anstieg der Aufgaben in gewissen Sektoren gerecht werden zu können.

Die Versammlung fordert den Staatsrat ausserdem auf, sich auch die Probleme und Sorgen der benachteiligten Schichten der Freiburger Bevölkerung vor Augen zu führen, die am meisten unter den Sparmassnahmen gelitten haben, sowie über Möglichkeiten nachzudenken, wie die Auswirkungen auf diesen Teil der Bevölkerung in der nächsten Legislaturperiode minimiert werden können.